

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 2 (1961)

Heft: 35

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

breitet seine Tätigkeitsberichte nicht dem Kongress, sondern dem ZK oder dem Sekretariat.

Das ZK übt auch auf den Kongress einen grossen Einfluss aus, denn die «Normen der Vertretung» (auf wieviel Parteimitglieder entfällt ein Kongressdelegierter) werden von ihm vorgeschrieben. (Das klassische Spiel mit den Wahlbezirken auf Partieebene). Das ZK stellt die Traktandenliste, den Rechenschaftsbericht zusammen, es unterbreitet alle Anträge, welche vom Kongress immer einstimmig angenommen werden.

Die Tendenz geht, wie ersichtlich, auf Erweiterung der Machtkonzentration. Die einzige Beschränkung der Macht des ZKs war die Abschaffung der Institution der Parteikonferenz durch den 19. Kongress (1952). Diese Konferenz musste statutengemäß vom ZK einberufen werden, ihre Beschlüsse wurden durch das ZK bestätigt und waren für alle Parteimitglieder und -organe verbindlich. 1952 war schon die Macht des ZKs so gross, dass es auf diese Institution ruhig verzichten konnte. Es sei aber vermerkt, dass sie in den Volksdemokratien immer noch existiert.

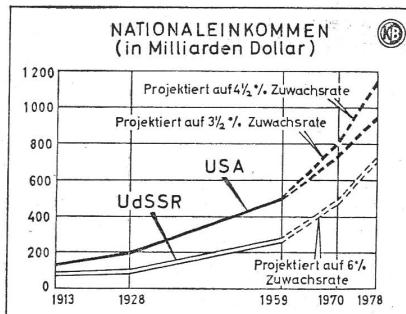
Auf allen Stufen

Die rechtliche Regelung des ZKs wiederholt sich bei den niedrigeren Parteiorganisationen, welche bezüglich ihres Gebietes die gleiche Machtkonzentration geniessen, wie das ZK über die ganze Partei. Die republikanischen, Grenzgebiete-, Gebiets-, Gau-, Stadt- und Bezirksorganisationen unterbreiten den höheren Parteiorganen den Rechenschaftsbericht zur Bestätigung, die Normen der Vertretung zum Kongress der republikanischen KP (der Konferenz der niedrigeren Parteiorganisationen) wird von deren Komitee festgesetzt, die höheren Parteiorgane lenken und kontrollieren die Tätigkeit der niedrigeren, alle niedrigeren Parteiorgane sind verpflichtet, die Direktiven des ZKs zu vollziehen.

Den niedrigeren Parteiorganen (Bezirks-, Stadt-, Gau-, Gebiets-, Grenzgebietskomitees, bzw. ZK der republikanischen KP) steht noch die Institution der Aktivistenversammlung zur Verfügung, um für den Vollzug der oberen Parteibeschlüsse und -verfügungen entsprechende Massnahmen zu treffen (Entwurf § 30). Im Sinne des geltenden Statutes — § 27 — dagegen haben diese Versammlungen Recht nur zur Erörterung, nicht aber zum Treffen von Massnahmen. Diese Institution ist aber sowohl im Entwurf als auch im geltenden Statut sehr neblig umrissen. Es wird nicht gesagt, wie die Versammlungen einberufen werden müssen, und auch über die verbindliche Kraft ihrer Beschlüsse wird nichts erwähnt. Höchstwahrscheinlich handelt es sich hier um die Neuerrichtung der 1952 abgeschafften nationalen oder republikanischen Parteikonferenzen unter neuer Form und neuem Namen.

Die Entwürfe zum neuen Parteiprogramm und neuen Partiestatut stehen offiziell bis zum Oktoberparteitag öffentlich zur Diskussion. Bereits aber weiss die «Prawda» von einer «einstimmigen Gutheissung» zu berichten. Unter dem Titel «Wie werden die Entwürfe zu Programm und Statut der KPdSU in die Volksmassen getragen?» schrieb die Zeitung unter anderm: «Die Sowjetbürger werden das wissenschaftlich fundierte und konkret gehaltene Pro-

gramm des Aufbaus der kommunistischen Gesellschaft einstimmig gutheissen. Die Parteiorganisationen entwickeln eine lebhafte Tätigkeit um das Parteiprogramm und die Parteistatuten den Werktäglichen in Stadt und Land zu erklären. Für diese Tätigkeit werden viele Tausende von Propagandisten, Agitatoren und Rednern eingeschaltet. In der Ukraine werden der grossen Rednergruppe Abgeordnete des Obersten Sowjets der UdSSR und der Ukraine beigegeben. In Moskau veranstaltet das Stadt-Parteikomitee ein Propagandisten-seminar, an welchem mehr als 2500 teilnehmen. Ein gleiches Seminar wurde in Leningrad aufgestellt. Instruktive Beratungen der Propagandisten werden ebenfalls in Kiew, Tbilisi, Aschabad, Kisinev und anderen Republikshauptstädten durchgeführt. Die Werktäglichen in der Landwirtschaft haben jetzt Erntezeit, deshalb werden Statuten und Programm auf dem Felde draussen vorgelesen. In Usbekistan wurden an die 500 Lektoren aus Partei-, Sowjet-, Gewerkschafts- und Arbeiterorganisationen sowie Gelehrte in die landwirtschaftlichen Gebiete geschickt. Im Turkestan wurden Dutzende von Propagandistengruppen in die entlegenen Weidegebiete und zu den Fischerbrigaden entlang dem Kaspiischen Meer entsandt. Die Grundorganisationen der Partei ziehen zur propagandistischen Arbeit Hunderte von vorbereiteten Kommunisten (Arbeiter, Spezialisten und Intelligenz) heran. Hunderte von Agitatoren müssen in den Betrieben und Fabriken das Parteiprogramm und die Statuten in Gesprächen mit der Belegschaft erklären.

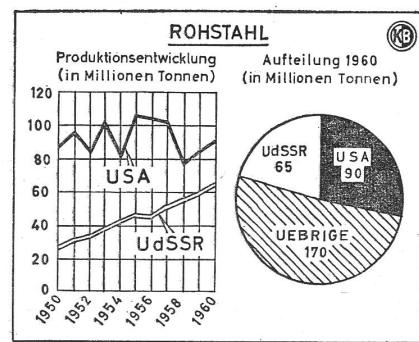
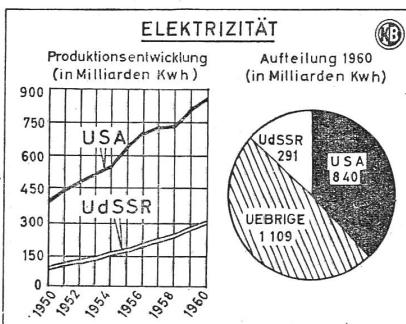


Wirtschaft

Sowjetunion

Von der andern Seite

Als Gegenstück zu den sowjetischen Darstellungen (KB Nr. 22, 25, 26) bringen wir heute Produktionsvergleiche zwischen den USA und der UdSSR, wie sie in den Vereinigten Staaten veröffentlicht wurden



(u.a. dienten die hier etwas vereinfacht wiedergegebenen Zahlen auch Präsident Kennedy als Grundlage zu Ausführungen vor der Öffentlichkeit).

Zu beachten ist, dass hier der Zuwachs in absoluten Quantitäten (Geldeinheit, Produktionseinheit) ersichtlich ist, statt nur in Prozenten (siehe angeführte Nummern, ferner Nr. 17), wodurch ein sehr unterschiedliches Bild gewonnen wird. (Zu «Elektrizität» vgl. auch KB Nr. 3, zu «Stahl» KB Nr. 42, 1960.)

Was den Vergleich zwischen dem Nationaleinkommen mit Staaten verschiedenartiger Wirtschaftsstruktur angeht, so gelten die grundsätzlichen Vorbehalte allzu greifbaren Folgerungen gegenüber (KB Nr. 25) natürlich auch für westliche Darstellungen. Immerhin ist die Dollarbasis bedeutend zuverlässiger als die das «reine Zuwachsvorhältnis» pro Kopf, das die sowjetischen Statistiker so breit schlügen.

Soziales

Theoretische Arbeitszeit

Die offizielle Zeitschrift des Wirtschaftsinstitutes der All-Sowjetischen Akademie der Wissenschaften, Vopross Ekonomiki, veröffentlichte in ihrer letzten Nummer einen längeren Bericht über die zukünftige Gestaltung der Arbeitsbedingungen in der Sowjetunion.

Vor allem soll die Arbeitszeit verkürzt werden, indem man von der gegenwärtigen 40,2-Stunden-Woche im nächsten Jahr auf 40 Stunden und zwischen 1964 bis 1968 auf 30 bis 35 Stunden übergehen will. Im Vollkommenismus, dessen Zeitpunkt noch nicht näher angegeben wurde, soll die tägliche Arbeit nur 3 bis 4 Stunden ausmachen. In den übrigen COMECON-Staaten ist noch die 48-Stunden-Woche (SBZ-45-Stunden-Woche) gültig, aber es gäbe auch Überstunden, deren Zahl gesetzlich beschränkt worden sei. Ueber die Tatsache, dass man diese Vorschriften laufend verletzt und in Form von Verpflichtungen (freiwillige Aufbauarbeit) viele Stunden unentgeltliche Arbeit leistet, wird bei dieser Gelegenheit nichts berichtet. Auch die Hausarbeit, die gegenwärtig 20 bis 30 Prozent der Freizeit in Anspruch nimmt, soll auf das Minimum reduziert werden. Aus diesem Grund will man die Betriebsküchen weitgehend ausbauen, um die Hausfrauen von dem täglichen Kochen (2 Stunden) und Einkaufen (1/2 Stunde) zu befreien. Nach den Schätzungen der Akademie werden in den kommenden zehn Jahren vermutlich 50 Prozent der Werktäglichen in den Betriebskantinen, anstatt zu Hause speisen, womit sich 5 Milliarden Stunden Haus-

haltsarbeit erübrigen. Dasselbe gilt auch für die Kindererziehung, die sich gegenwärtig noch grösstenteils im Familienkreis abspielt und nach den Ermittlungen der Akademie für die arbeitenden Mütter eine tägliche Zusatzarbeit von 3 Stunden bedeutet, worin die Erziehungsarbeit der übrigen Familienmitglieder nicht inbegriffen ist. Umgerechnet bedeutet dieser Arbeitseinsatz für die werktätigen Familien 30 Milliarden Arbeitstage pro Jahr. Gegenwärtig kann nur 14 Prozent der Kinder in Kindergärten und 8,5 Prozent in Krippen untergebracht werden. In der Zukunft soll zur Entlastung der Eltern die Aufnahmekapazität dieser sozialen Institutionen weitgehend zunehmen.

Was die *Arbeitsproduktivität* betrifft, so ist sie nach den Feststellungen der Akademie, um 250 bis 300 Prozent niedriger als in den Vereinigten Staaten (siehe letzte KB-Nummer, Seite 8).

Wie sich aber die Arbeitszeit des Sowjetbürgers vorläufig noch entwickelt, darüber gibt eine offizielle Erklärung des Zentralkomitees der KPdSU Auskunft:

«Das ZK der KPdSU betrachtet es als notwendig, die Kollektive aller Betriebe, Fabriken, Bauunternehmungen, Kolchosen und Sowchosen dahingehend aufzuklären, dass das beste Geschenk an den 22. Parteikongress in Erfüllung und Uebererfüllung der Wirtschaftspläne und der sozialistischen Verpflichtungen zu Ehren des 22. Parteikongresses ist.»

Aussenpolitik

SBZ

«Die Ernte – ganz Deutschland»

Dass Berlin für den Kommunismus nur ein Auftakt zur Eroberung von ganz Deutschland ist, kann man auch in der kommunistischen Presse zuweilen ganz offen zugegeben finden. Offen und erst noch mit Ausdrücken im Stil des «Völkischen Beobachters» aus der Hitlerzeit, wie etwa im folgenden Auszug aus dem Ostberliner «Bauern-Echo»:

«Dennoch dürfen wir uns keinen Illusionen hingeben. Unsere Sicherheitsmassnahmen bedeuten noch nicht die Aufgabe der Kriegspläne der westdeutschen Militäristen und das Ende der Frontstadt. Sie sind ein Anfang, ein erster Schritt, sozusagen die „erste Hacke“. Der Friedensvertrag mit der DDR (sofern er nicht mit beiden deutschen Staaten geschlossen wird) wird gewissermassen die „zweite Hacke“ sein. Auf seiner Grundlage werden wir den Status der freien, entmilitarisierten, neutralen Stadt Westberlin erkämpfen. Das wird die „dritte Hacke“ sein. Der Sieg der Friedenkämpfe in ganz Deutschland — das ist dann die Ernte...»

Der Beitrag hat den Titel: «Warum rettete der 13. den Frieden?»

Bemerkenswert sind auch die Ausführungen in einem andern Artikel der gleichen Nummer, wo versichert wird, die chinesische Mauer um Berlin habe keineswegs die Spaltung Deutschlands vertieft, denn «die Verräte in Bonn sind es, die die Spaltung Deutschlands vertiefen.» Doch heisst es dann:

«Geben wir deshalb den Kampf um die Wiedervereinigung auf? Auf keinen Fall! Aber wir wollen kein militarisiertes, son-

dern ein friedliches und demokratisches Deutschland. Das können wir aber nicht erreichen, wenn unser Friedensstaat und der militaristische Bonner Staat einfach mechanisch zusammengelegt wird. Welcher Bauer würde wohl sein bestes Pferd mit einem Tiger zusammenspannen? ...

Mit einem solchen militaristischen Pestherd kann man sich nicht wiedervereinigen, so wie man verseuchtes und Tbc-freies Vieh nicht in einen Stall bringt. Einen Pestherd muss man isolieren und dann sanieren. Und dazu wurde am 13. August ein wirksamer Schritt unternommen ...

Darum bedeutet der Stacheldraht am Brandenburger Tor keine Vertiefung der Spaltung, sondern er ist der erste Schritt dazu, die revanchelüsternen Bonner Militäristen zu zügeln und damit der Ausgangspunkt einer neuen friedlichen Entwicklung

in Deutschland, die durch den Friedensvertrag gesichert werden und an deren Ende ein wiedervereinigtes Deutschland stehen wird.»

Partei

Glaubst du, mein Junge ...

Lediglich gehört zu haben, dass es irgendwo ein Mehrparteien-System gibt, und sich darnach zu erkundigen, trägt einem jungen Menschen in der SBZ bereits einen scharfen Rüffel ein. Und er muss wahrscheinlich noch froh sein, wenn es mit einem Rüffel abgegangen ist, denn Kritik an der Einheitsliste erträgt das Ulbricht-Regime nicht. So berichtet die Leipziger Volkszeitung:

«In einer Jugendwählerversammlung in Lindenthal (Landkreis Leipzig) fragte ein

Nach Laos steht Vietnam auf dem Programm

der kommunistischen «Einigungsbestrebungen» im Fernen Osten. Bereits jetzt nimmt die von Moskau und Peking gelenkte Infiltration nach dem Südvietnam ihren Weg nicht nur über die schmale Grenze gegen Norden, sondern in zunehmendem Masse auch über das schon halbwegs dem Kommunismus preisgegebenen Königreich im Westen.

Nordvietnam

(Viet Nam Dan Cong Hoa, Demokratische Republik Vietnam.)

Kommunistische Volksrepublik (Vietminh-Verfassung). Parlament aus einer Kammer. Zwischen den Tagungen amtiert ein «Ständiges Komitee». Wehrpflicht.

Staatspräsident: Ho Chi Minh. Ministerpräsident: Pham Van Dong.

Partei: Die KP trägt den Namen «Arbeiterpartei» (Lao Dong). Von ihr wird auch die Massenorganisation der «Vaterländischen Front» gelenkt, die das gesellschaftliche Leben beherrscht.

Das aussenpolitische Programm zielt in erster Linie auf die «Befreiung» Südvietnams ab (Grenze laut Genfer Abkommen von 1954 der 17. Breitengrad, die Wiedervereinigung war durch «freie Wahlen» vorgesehen).

Fläche: 155 203 Quadratkilometer. Einwohner: rund 16 Millionen.

Hauptstadt Hanoi (rund 900 000 Einwohner), wichtigste Hafenstadt Haiphong (400 000).

Export: Vornehmlich Reis und Bergbauprodukte. Handelspartner in erster Linie der kommunistischen Block, daneben auch südost-asiatische Länder. Im Comecon nur durch Beobachter vertreten.

Südvietnam

(Viet Nam Cong Hoa, Republik Vietnam.) Präsidiale Republik. Parlament mit einer Kammer.

Zum Präsidenten wurde im April Ngo Dinh Diem wiedergewählt, der recht autoritär regiert. Seine «Nationalrevolutionäre Bewegung» verfügt über die absolute Mehrheit der Mandate. Die KP ist verboten.

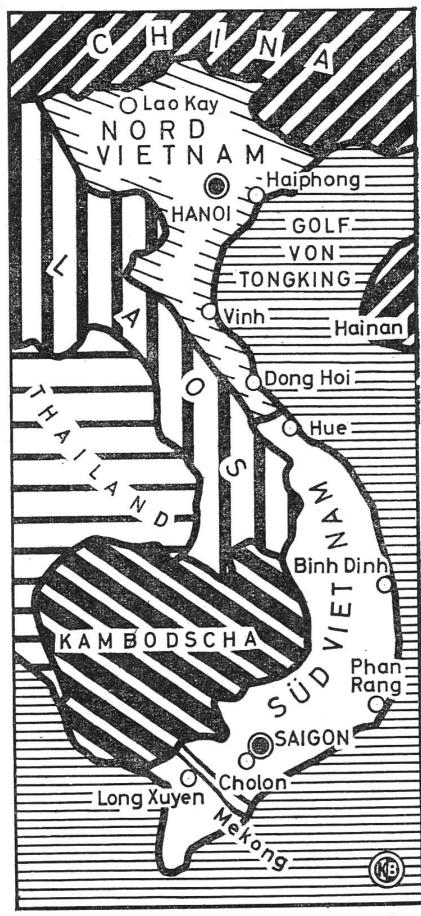
Die Subversion wird vor allem von der Rebellentruppe des «Viet Cong» betrieben, die mit seinem geschätzten Bestand von etwa 10 000 Mann den Regierungskräften blutige Gefechte liefert. Daneben auch

Grossinfiltration von kommunistischen Agenten, die nach der definitiven kommunistischen Machtergreifung in Laos kaum mehr aufzuhalten sein wird.

Fläche: 170 831 Quadratkilometer. Einwohner: rund 14 Millionen.

Hauptstadt: Saigon (nahezu zwei Millionen Einwohner).

Export: Kautschuk (gut die Hälfte des Ausfuhrwertes), Reis, Holz, Kaffee, Tee, Gewürze, Häute. Wichtigste Handelspartner: Frankreich, USA, Japan und das Nachbarland Kambodscha.



Jugendlicher: „Es könnte doch möglich sein, dass die Bevölkerung mit einer Partei nicht einverstanden ist. Das kann sie aber doch nicht auf der gemeinsamen Liste zum Ausdruck bringen.“

Das fragt ein junger Mensch, der am 17. September zum erstenmal an die Wahlurne treten wird, der ein Parteiwahlsystem gar nicht kennt. Auf seinem Mist kann also die ‚haarscharfe Erkenntnis‘ nicht gewachsen sein.

Glaubst du, mein Junge, dass das in Berlin so prima geklappt hätte, wenn bei uns die Parteien einander bekriegen würden, wie das in der Weimarer Republik der Fall war (Dass das nachfolgende Reich den ‚Parteihader‘ aufhob, vergisst das KP-Blatt zu erwähnen.) und heute noch viel drastischer in Westdeutschland der Fall ist? Die dir einblasen wollen, dass die höchste Form der Demokratie gerade im Parteihader besteht, die hätten in Berlin freilich gern das Gegenteil gehabt: Bruderkrieg und schliesslich Atomkrieg. Die politisch-moralische Einheit unserer Arbeiter- und Bauern-Macht war es, die ihnen diese Suppe elend versalzen hat...

Und nun überlege mal selbst, welche ‚Nachteile‘ du junger Mensch von der gemeinsamen Liste hast, auf der die Kandidaten aus allen Schichten der Bevölkerung einig stehen, weil sie ein gemeinsames Ziel haben: die Sicherung des Friedens.“

Entwicklungskredite

China

Mao unterbietet K

Chinas kommunistische Führer haben vielleicht den zwischen Moskau und Peking bestehenden Streit noch verschärft, indem sie die Bedingungen für die sowjetische Wirtschaftshilfe an ein afrikanisches Land in weniger als einem Jahr zum zweiten Male unterboten.

Ein zinsfreies Darlehen an Ghana über sieben Millionen ghanesische Pfund (ungefähr 80 Millionen Franken) bildet die Grundlage eines chinesisch-ghanesischen Vertrags über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit, kündigte die amtliche chinesische Nachrichtenagentur Neues China an. Das Darlehen erstreckt sich über den Zeitraum von 1962 bis 1967. Es ist nun gerade ein Jahr her, dass die Sowjetunion Ghana einen Kredit über 160 Millionen alte Rubel bewilligte — aber dieser Kredit wurde zum üblichen sowjetischen Zinssatz gegeben, der zwischen zwei und zweieinhalb Prozent schwankt. Diese neue chinesische Massnahme ist eine Wiederholung des Beispiels vom vergangenen September, als ein zinsloser Kredit über 100 Millionen alte Rubel (ungefähr 100 Millionen Mark) an Guinea vergeben wurde, der in Moskau Beunruhigung hervorgerufen haben soll. Er unterbot nicht nur den früheren sowjetischen Kredit über 140 Millionen Mark), von dem zweieinhalb Prozent Zinsen erhoben wurden, sondern die Rückzahlungen des chinesischen Betrags mussten erst ab 1970 geleistet werden und waren über die nachfolgenden zehn Jahre verteilt, während der sowjetischen Vertrag Zahlung innerhalb von zwölf Jahren verlangte.

Wie es bei Guinea der Fall war, werden chinesische Techniker und andere Experten nach Ghana geschickt. Warenaustausche über vier Millionen ghanesische Pfund

Aussenhandel

Ungarn

Schutzzölle

Als erstes Land des Ostblocks verkündete Ungarn neue Importzölle gegen die Mitgliedstaaten der zwei westeuropäischen Wirtschaftsorganisationen, gegen die sechs Länder des Gemeinsamen Marktes und die sieben Staaten der europäischen Freihandelszone.

Die neuen Tarife, die am 1. September in Kraft getreten sind, sollen Ungarn gegen die «abgeschlossenen europäischen Wirtschaftsböcke» schützen. Auf alle Importgüter aus Ländern, die für ungarische Waren höhere Zölle verlangen, sollen auch höhere ungarische Zölle gelegt werden.

Diese Massnahmen folgten einem bitteren Angriff auf den Gemeinsamen Markt und die Efta in der offiziellen Parteipresse, in der es hieß, dass die Absichten Ungarns, seinen Handel mit der westlichen Welt zu erweitern, durch diskriminierende Massnahmen vereitelt würden.

Vom gesamten ungarischen Aussenhandel gehen gegenwärtig 70 Prozent in die Länder des Ostblocks und 30 Prozent nach dem Westen. Der Handel mit den Ländern des Gemeinsamen Marktes und der Efta umfasst ein Fünftel des gesamten ungarischen Aussenhandels. Im einzelnen betrug der ungarische Handel im vergangenen Jahr mit Westdeutschland 5,6, Großbritannien 3,3, Italien 2,9, Frankreich 2,8 und mit den Beneluxländern 1,3 Prozent.

Politik

Stil

Wie alle Satellitenstaaten hat auch Ungarn offiziell zur Berlinkrise Stellung genommen. Die diesbezügliche Regierungserklärung erschien am 25. August im Budapester Parteiorgan «Nepszava». Sie ist so offensichtlich und so schlecht aus dem Russischen übersetzt, dass sie nur von Ungarn mit slawischen Sprachkenntnissen richtig verstanden wird.

Von Ungarn, der ungarischen Regierung und dem ungarischen Volk ist im Text un-

im Jahr sollen zwischen den beiden Ländern stattfinden.

Das Abkommen zwischen China und Ghana ist für Moskau besonders kränkend, da die Sowjetunion erst im April beträchtliche Zugeständnisse an China wegen der schwierigen chinesischen Wirtschaftslage gemacht hat.

Damals kam man überein, dass die Zahlungen, die China aus dem Handel im Jahre 1960 schuldete, aufgeschoben werden und auf zinsloser Basis über fünf Jahre verteilt werden sollten — etwas Aussergewöhnliches bei sowjetischen Verträgen.

Während die chinesischen Führer grosszügige Kredite an unterentwickelte Länder wie Guinea und Ghana vergaben, ist ihr eigener Ruf bei Rückzahlungen schlecht. Seit 1957 hat China nur 2683 Millionen alte Rubel von dem Darlehen über 8500 Millionen zurückbezahlt, das es von der Sowjetunion zwischen 1953 und 1957 erhielt. Daraufhin bewilligte Moskau Peking einen neuen und zusätzlichen Kredit über 5200 Millionen alte Rubel (im Jahre 1959), der bis zum Jahre 1967 reicht.

unterbrochen die Rede (selbstverständlich im Sinne der sowjetischen Stellungnahme). Nur die Rede selbst ist alles andere als ungarisch. Wortstellung und Satzstruktur entsprechen dem slawischen Sprachgebrauch.

Viele Sätze der Erklärung lassen keinen Zweifel darüber übrig, dass die ganze Erklärung in Moskau verfasst und eventuell auch in Moskau ins Ungarische (schlecht) übersetzt worden ist, und dem Budapestere Parteizentrum einfach zur Veröffentlichung zugestellt wurde. Der Weg kann sehr einfach sein: das ZK der KPdSU hat in Moskau eine Abteilung für die Zusammenarbeit mit den übrigen KPs; diese Abteilung hat die Erklärung verfasst, auf Ungarisch übersetzen lassen und der entsprechenden Abteilung des ZKs der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei in Budapest weitergeleitet. Die aussenpolitische Abteilung des ZKs — jedem staatlichen Ministerium entspricht eine ZK-Abteilung, d.h. ein «Parteiministerium» — hat dann höchstwahrscheinlich dem Aussenministerium oder dem Sekretariat des Ministerrates den fertigen Text zur Veröffentlichung zugestellt.

Darüber, was man unter sowjetischer Nichteinmischung zu verstehen hat, gibt es vielfältige Belege. In diesem Fall wird die Kollektion durch ein rein stilistisches Beispiel ergänzt.

Curriculum der Woche

GEORGI WASSILIEWITSCH
ENJUTIN

Vom Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR mit Veröffentlichungsdatum vom 16. August zum Vorsitzenden der Kommission für Staatskontrolle beim Ministerrat der UdSSR ernannt. Der Ukas zur Umbildung der Kommission für Sowjetkontrolle in eine Kommission für Staatskontrolle (Goskontrol UdSSR) war am 22. Juli erlassen worden. Da Enjutin seit vier Jahren bereits der bisher bestehenden Behörde vorstand, ist mit dem administrativen kein personeller Wechsel verbunden worden.

Geboren 1903 in Mariupol. 1920 Schlosser, 1924 Eintritt in die KP. 1932 Absolvent des Hütteninstituts Dnjepropetrowsk, anschliessend bis 1939 erst Ingenieur, dann Konstrukteur und schliesslich stellvertretender Clefingenieur der Asowstal-Werke, deren Parteisekretär er in den nächsten zwei Jahren wird. Sein weiterer Aufstieg in der KP: 1941 Sekretär des Gebietskomitees Stalino, dann bis 1945 auf dem gleichen Posten in den Gebietskomitees Nowosibirsk und Kemerowo, anschliessend Rückkehr ins Stalino-KP-Komitee für zwei Jahre. 1947 bis 1951 Sekretär des Gebiets-KP-Komitee Saporoschje. Nach diesen regionalen Posten wird er mit zentralen Aufgaben betraut: 1951 bis 1953 Inspektor, darnach stellvertretender Leiter der Abteilung Partei-, Gewerkschafts- und Komsomolorgane des Zentralkomitees der KPdSU. 1952 bis 1956 Mitglied der Zentralen Revisionskommission der KPdSU. 1956 zum Mitglied des ZKs ernannt. Seine Berufung als Vorsitzender der Kommission für Sowjetkontrolle des UdSSR-Ministerrates erfolgt 1957.

Kriegsrüstung

Ostblock

Nicht orientiert

waren die kommunistischen Satellitenstaaten noch in den letzten Augusttagen über die Wiederaufnahme der sowjetischen Kernwaffenversuche, so dass die Parteipresse zu diesem Zeitpunkt mit Nachdruck das Verbot der Kernwaffen forderte.

Ein solcher Passus war noch am 29. August an prominenter Stelle im ungarischen KP-Organ «Nepszabadság» zu finden. Die Zeitung berichtete in zwei separaten Meldungen über die Reise einer ungarischen Regierungsdelegation unter Ministerpräsident Münnich nach Indonesien, Burma und Indien, sowie über eine gemeinsame Erklärung Münnichs und Nehrus. Beide Meldungen enthalten eine gemeinsame Stellungnahme für eine allgemeine Abrüstung, und dazu erwähnt das ungarisch-indische Pressecommuniqué noch ausdrücklich die Forderung auf «Verbot aller Kernwaffen». Zwei Tage nach dieser Publikation erfolgte die sowjetische Ankündigung der wieder aufgenommenen Nuklearwaffenversuche.

Wie bei jeder parteiamtlichen Zeitung im Ostblock werden auch bei «Nepszabadság» die Texte vor der Veröffentlichung von der Presseabteilung des Zentralkomitees der KP geprüft. Dieses war demnach von den sowjetischen Vorbereitungen nicht unternichtet. Uebrigens erschienen beide Meldungen auch in andern Zeitungen, so im Gewerkschaftsorgan «Nepszava».

Noch schärfer hatte sich zwei Tage zuvor «Nepszava» ausgedrückt: «Beide Regierungen verurteilen (in einer indonesisch-ungarischen Presse-Erklärung die französischen Atomexplosionsversuche, die Leben von Millionen Menschen gefährden.»

BRIEFE**Um die 72 000**

Mit den Ausführungen von G. W. in Ittingen (siehe KB Nr. 31) kann niemand einig gehen, der den Dingen auf den Grund geht. Allerdings scheint mir auch Deine (des KB) Klassierung zu einfach. Die 72 000 setzen sich aus verschiedenen Gruppen zusammen.

Da sind erstens die Totengräber. Darunter verstehe ich die Drahtzieher und Zutreiber der Initiative, sowie die Mehrheit der PdA. Diese Leute wissen genau, dass in der Schweiz die Einführung des kommunistischen Zuchthausstaates auf legalem Weg nicht möglich ist. Mit Sehnsucht erwarten sie darum den Ueberfall der kommunistischen Armeen. Für einen raschen Erfolg ist natürlich die Wehrlosigkeit der Schweizer Armee anzustreben. Darum ist diese Gruppe gegen die Atomwaffen bei uns — solange wenigstens die Schweizer Armee nicht kommunistisch ist. Konsequenterweise sind diese Leute auch überhaupt gegen unsere Armee; denn ohne diese würde der ersehnte Ueberfall zum Spaziergang.

Die grosse Masse der Unterzeichner gehört jedoch in die Gruppe der «Blinden». Die Angst vor der unzweifelhaft schrecklichen Wirkung der A-Waffen hat ihr Denken gelähmt. Sie sind des merkwürdigen Glaubens, dass wenn sie einem Einbrecher waffenlos entgegentreten, dieser aus lauter Ritterlichkeit seinen Revolver fallen

lässt und von Hand zum Angriff übergeht. Zu diesen Blinden gehören auch die von G. W. zitierten deutschen Gelehrten. Der rote Zar droht in seinen täglichen Reden, jeden Gegner mit seinen A- und H-Waffen in Asche zu verwandeln. (Dieser Punkt ist durch die neuesten Drohungen Chruschtschew's nachdrücklich belegt. Wo bleiben hier die vielen Warner gegen nukleare Aufrüstung im westlichen Lager? Red. KB.)

Er will auch keine «Neutrale» schonen. In seiner Bankettrede in Wien sagte er klar, dass die Rote Armee in Oesterreich einzmarschieren werde, falls der Westen seine Flugzeuge und Raketen durch den österreichischen Luftraum gegen den Osten sende. Und das Gleiche gilt wohl auch für uns.

Wer noch nicht an die geplante Invasion glaubt, dem sei das Studium des neuen kommunistischen Parteiprogramms empfohlen. (Dort wird allerdings nur auf die indirekten Mittel der Aggression als obligatorischer Programmpunkt Bezug genommen: Revolution, Agitation, Bürger- und «Befreiungskriege». Das ändert nichts daran, dass in der letzten Phase jeder kommunistischen Machtaübernahme die Waffen gewalt das letzte Wort hatte, um die Bevölkerung zu «überzeugen». Die totale Kriegsdrohung wird nur als «Verteidigung» gegen die Kriegstreiberei der «imperialistischen» — Variationen: «revanchistischen, kolonialistischen, faszistischen» — Mächte verwendet. Red. KB.) Dazu hat aber der oberste aller Sklavenhalter durch seine Untervögte ein enges Spionagenetz über die Schweiz gesponnen. In den letzten Jahren sind elf Spionagefälle der Satellitenstaaten bei uns aufgedeckt worden. Ein mehrhaftes dieser Zahl mag von unserer Abwehr nicht erwischt worden sein. Warum diese Spionage, da wir keine gemeinsame Grenze mit diesen Ländern haben? Unsere «Blinden» nehmen dies alles nicht zur Kenntnis. Sie könnten eines Tages in Sibirien aufwachen, falls sie nicht vorher liquidiert werden.

Und dann sind noch die «Schlummersänger», zu denen G. W. gehört. Er gibt dem Bundesrat eine gute Note, ist aber doch für das Atomverbot. Nur den Weg der Initiative hält er nicht für glücklich. Er gehört mit Karl Barth, Sartre und andern zusammen zu den Leuten, welche die Fratze der Sklavenstaaten verharmlossen, an die Vertragstreue der Sklavenhalter glauben und damit der Sache des roten Zaren helfen.

J. H. in Zürich.

Sport**Bulgarien****Jugend, maschiere...**

Die bulgarischen Spitzensportler und Trainer werden ihre Ausbildung in Zukunft in der UdSSR erhalten, um den Sport besser im Dienste des kommunistischen Aufbaus zu stellen.

Dieser Politbüro-Beschluss des Zentralkomitees der Bulgarischen KP wurde zwei Tage vor Eröffnung der Universiade in Sofia veröffentlicht, zu der die Teilnehmer mit Marschliedern begrüßt wurden, die an die letzten Olympischen Spiele vor dem Zweiten Weltkrieg erinnern.

Das ZK-Präsidium stellte in seinem Beschluss «Zur Verbesserung der Leibesübungen» ein Neun-Punkte-Programm auf, das

ein Musterbeispiel für die Verkettung von Sport, Ideologie und Politik darstellt. So heisst es unter Punkt Eins: «Der Sport muss in erster Linie willensstarke, moralisch feste und arbeitsfähige Erbauer von Sozialismus und Kommunismus heranbilden. Die zeitgenössische Massenbewegung für Körperkultur soll Grundlage zur ständigen Erhöhung des Niveaus des bulgarischen Sports werden und jene Hilfe für die kommunistische Erziehung von Sporttreibenden und Sportpädagogen.»

In Punkt sechs der Verlautbarung wird der Bulgarische Bund für Körperkultur und Sport aufgefordert, die Kaderbildung im Sport nicht nur auf Grund der fachlichen Ausbildung zu fördern, sondern vermehrt auf Grund politisch-ideologischer Erziehung. Das Ministerium für Kultur und Volksbildung habe die Lehrprogramme im Institut «Georgi Dimitroff» neu zu überprüfen und für bessere Ausbildung von Sportlehrern und Trainern zu sorgen. «In Zukunft», heisst es dann, «werden die bulgarischen Sportlehrer, Trainer und Spitzensportler zu ihrer besonderen Ausbildung nach der UdSSR und andern sozialistischen Staaten entsandt werden.» Der Absatz wurde, wie der ganze Beschluss, von der gesamten bulgarischen Presse veröffentlicht, mit Ausnahme aber der Jugendzeitung «Narodna Mladesch», welche auffallenderweise diese Stelle strich.

Im letzten Paragraph des Beschlusses werden der Bulgarische Bund für Sport und Körperkultur, der Dimitroff-Komsomol-Jugendbund, die Gewerkschaften, das Ministerium für Kultur und Volksbildung, Presse, Radio, Fernsehen und alle Organisationen, welche in Verbindung mit der Massenbewegung für Leibesübungen stehen, aufgerufen, die Propaganda für Sportförderung zu intensivieren und ihre Bedeutung für die kommunistische Erziehung und für die Erhöhung der Arbeitsproduktivität zu popularisieren.

Dies alles wurde, wie gesagt, im gleichen Zeitpunkt publiziert, da man die sporttreibende Weltjugend im Zeichen von Frieden und Ueberparteilichkeit in Sofia empfing. Zum grossen Anlass schrieb Stanislav Vihirff ein Marschlied der Jugend:

Von Begeisterung ergriffen
sind die kühnen Adler
unserer Epoche.
Strahlende Sonne
hiess sie willkommen
in unserer Heimat.
Brüderlich ist der Empfang,
den wir im geschmückten Land
euch von Herzen zugesetzt.
Wie der Wind im leichten Flug
grüssst euch
ein mitreissender Gesang:
(Refrain)

Jugend, marschiere in starkem Schritt,
halte überall und immer
Wache für Freundschaft und Frieden.
Dir ist die Zukunft.
Aufbrechende Freude
erwärm das Land.
Weisse Tauben ziehen hin.
Vom Balkan abgeschlagen
ist der Hass.
Schön ist die Welt der Freundschaft.
Unsere tapfere Freundschaft
soll die Erde überschwemmen,
soll mächtig und ewig bleiben,
soll uns im Leben
den Fortschritt bringen.
Jugend, marschiere ... usw.

Unser Memorandum

Die Forderung des Westens auf nationales Selbstbestimmungsrecht für Deutschland ist den kommunistischen Staaten unangenehm, denn sie stellt die Widersprüchlichkeit der kommunistischen Dialektik bloss. Dass hier eine noch zu wenig ausgenützte Möglichkeit zur propagandistischen Offensive liegt, zeigt schon die Reaktion des Ostblocks auf dieses Thema (siehe auch Karikatur und Zitat auf Seite 1). Ausserhalb seines Herrschaftsbereiches propagiert der Kommunismus mit grosstem Nachdruck das Selbstbestimmungsrecht der Völker, sofern es sich gegen den Westen ausnutzen lassen kann, innerhalb seines eigenen Machtbereiches missachtet er es souverän, ohne die Tatsache selbstverständlich nach aussen hin zuzugeben. Im Falle Deutschland aber kann die wahre kommunistische Einstellung dazu nicht verborgen werden, sie steht belegbar auf dem Weltforum zur Diskussion. Pure Hasskampagne gegen den «Imperialismus» (besonders im Falle der SBZ) oder dialektische Spitzfindigkeiten sollen über die Zertretung des völkerrechtlichen Grundsatzes in der Weltöffentlichkeit hinweghelfen. Am Westen liegt es, diesen Widerspruch auszuleuchten, nicht zuletzt bei den ehemaligen kolonialen Völkern, denen in letzter Zeit die Unabhängigkeit und Selbstbestimmung gewährt wurden. Antikolonialistische Resolutionen und Manifeste müssten eigentlich Aussicht auf Erfolg haben, insofern wenigstens, als sie für die sowjetische Propaganda-Politik einen besonders empfindlichen Rückschlag bedeuten würden. Ein Beispiel für die fadenscheinige Argumentation (die aber immerhin in diesem Sinne der Welt zum Bewusstsein gebracht werden muss) liefert die tschechoslowakische Regierungserklärung zur Berlin-Krise.

Die Note lehnt eine Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht ab, denn «historische Erfahrungen beweisen, dass die imperialistischen Länder die Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht immer missbrauchten, und dass sie diese Parole zur Festigung ihrer Herrschaft über andere Nationen, zur Ablehnung der Freiheitsrechte anderer Nationen, zur Unterdrückung der friedlichen Entwicklung und Unabhängigkeit ausgenutzt haben...». Die

Die Aktion zur Beschaffung von Schweizer Ferienplätzen für Berliner Kinder konnte ausgeweitet werden. Statt der zunächst vorgesehenen 200 werden am 23. September mindestens 350 Kinder in die Schweiz reisen.

Eine zeitlich gestaffelte Fortführung der Aktion ist unterdessen definitiv beschlossen worden. Die Initianten, der Landesverband freier Schweizer Arbeiter und das Ost-Institut, ermöglichen auch jungen Flüchtlingen einen Ferienaufenthalt in unserem Lande, so dass die Aktion auch in dieser Hinsicht ausgeweitet wurde.

Bis Beginn dieser Woche lagen 580 Anmeldungen vor, die sich bereit erklärten, ein Berliner Kind für einen Monat aufzunehmen. Ihnen allen danken wir herzlich. Ueber den späteren Zeitpunkt, in dem neue Gruppen von Kindern eintreffen können, werden wir unsere Leser orientieren.

herrschenden Kreise der Bundesrepublik Deutschland nützen die Parole des Selbstbestimmungsrechtes mit Unterstützung der Westmächte für die Einverleibung der Deutschen Demokratischen Republik ... aus. Sie betonen offen die Notwendigkeit einer Grenzrevision. — Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen ist aber mit dem Revanchismus, mit den aggressiven Angriffen und mit der Herrschaft über andere Nationen unvereinbar. Dieses Recht darf den nationalen Interessen anderer Länder niemals Schaden zufügen, und es kann ausschliesslich in Übereinstimmung mit der Entwicklung der friedlichen Beziehungen aller Nationen der Welt zur Geltung gebracht werden. Das Selbstbestimmungsrecht wird von den sozialistischen Ländern und von den gegen Imperialismus, gegen die Kolonialherrschaft und gegen den Neokolonialismus kämpfenden Ländern in diesem Sinne ausgelegt. Nur eine solche Auslegung kann mit den Regeln des geltenden Völkerrechts in Einklang gebracht werden.

Der heutige Kommunismus anerkennt das Selbstbestimmungsrecht nur insofern, als es die Partei ist, welche «im Interesse der Mehrheit in der Nation» mit Rücksicht auf die gegebene gesellschaftlich-historische Lage über die Fragen der Selbstbestimmung entscheidet. (Uebrigens steht diese «marxistische» Auslegung im Widerspruch zu den Lehren von Marx und Engels). Lenin schrieb: «Das Proletariat ... anerkennt die Gleichberechtigung und das gleiche Recht auf den Nationalstaat, aber höher als alles andere stellt es die Vereinigung der Proletarier aller Nationen und wertet jede nationale Forderung, jede nationale Lostrennung unter dem Gesichtswinkel des Klassenkampfes ...». In der Grossen Sowjet-Enzyklopädie steht: «Das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung bedeutet nicht im geringsten, dass die Nation immer und unter allen Umständen von diesem Recht Gebrauch machen muss. Der Marxismus-Leninismus grenzt die Forderung des Rechtes auf Lostrennung von der Frage der Zweckmässigkeit der Lostrennung ab. Der Leninismus entscheidet in jedem Fall in Hinsicht auf die Interessen zum Kampf für Demokratie und Sozialismus die Frage von Zweckmässigkeit oder Unzweckmässigkeit.

Das Selbstbestimmungsrecht wird also nur dann anerkannt, wenn es dem Kommunismus dient. Die kolonialistische Auffassung ist offiziell verankert. Hier bieten sich Angriffspunkte in der Schlacht um die öffentliche Weltmeinung.

«Faschismus»

Als Hausstreit im Nazinest stellte die «Saria Wostoka» den deutschen Wahlkampf zwischen Adenauer und Brandt dar, wobei Tatsachen, wie der aktive Widerstand des jetzigen Berliner Oberbürgermeisters in der Emigration gegen das Hitler-Regime überhaupt nicht berücksichtigt werden. Als «Faschisten» werden in den kommunistischen Staaten grundsätzlich alle nicht kommunistischen Deutschen bezeichnet und diskreditiert, in den meisten Fällen auch die Antikommunisten der übrigen Länder und die unzufriedene Bevölkerung im eigenen Herrschaftsbereich.



In einem kürzlichen Artikel der Budapester «Jogtudomanyi Közlöny» über die Rolle der KP-Gesellschaftsorgane wurde etwa durchaus im Sinne einer positiven Würdigung geschrieben: «Der Budapester Ausschuss (von den kommunistischen Nationalausschüssen) hat die Errichtung von Betriebskommissionen angeordnet (im März 1946), ja sogar vorübergehend einige Paragraphen des Strafgesetzbuches suspendiert und erklärt, dass jeder, der sich seinen Beschlüssen und Verordnungen widersetzt, als Faschist zu betrachten sei.» Ein besonders typisches Beispiel dafür, wie der Kommunismus Begriffe, die mit einem negativen Gefühlsinhalt verbunden sind, in völlig verlogener Weise zu seinen Gunsten ausschlachtet.

Der Schnapschuss

An einem Interview mit dem nordvietnamesischen Präsidenten Ho Chi Minh: «Die Anschuldigung, die Volksrepublik Vietnam betreibe subversive Tätigkeit in Südvietnam, ist eine reine Verleumdung der US-Diem-Clique... Es ist unser heiliges Recht, gegen das barbarische Regime in Südvietnam zu kämpfen.» Die beiden Sätze stehen in der Wiedergabe der «Viet News Agency» von Hanoi selbst im gleichen Absatz, nur wenige Zeilen auseinander.

(In Südvietnam werden jede Woche Verhaftungen von nordvietnamesischen Militärs gemeldet, die nicht nur über die Demarkationslinie, sondern auch über die laotische Grenze in das Land geschmuggelt werden. Auch vom Meer her werden regelmässig kommunistische Agenten und Spione an Land gebracht.)

Gagarinit

ist eine neues Mineral genannt worden, das sowjetische Geologen kürzlich entdeckt haben. — In einem Artikel der «Sovjetskaja Rossija» wurden Gagarin und Titow die «himmlischen Brüder» genannt.

*

Im Uralgebiet wurden in der Nähe von Kirowgrad Goldvorkommen und bei der Stadt Perwouralsk, im Gebiet von Wagran-Rulatsk, neue Goldfelder entdeckt.